

Hubertus Baumeister (Hrsg.)

Recht

des

ÖPNV

Praxishandbuch für den Nahverkehr
mit VO (EG) Nr. 1370/2007, PBefG
und ÖPNV-Gesetzen der Länder

BAND 1

Gesetze

Vorwort

Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ist zum 1. Januar 2013 novelliert worden und bildet zusammen mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße nach 17 Jahren erheblicher Rechtsunsicherheit nunmehr einen neuen Rechtsrahmen in Deutschland. Dies wurde insbesondere möglich, weil sich der Bundesgesetzgeber am Ende des Gesetzgebungsprozesses dem Einfluss der Interessengruppen weitgehend entzogen hat, was für andere Gesetzgebungsvorhaben im besten Sinne beispielgebend sein dürfte.

Für den öffentlichen Personennahverkehr gibt es weiterhin einen dualen Marktzugang. Vorrangig sind wie bisher Nahverkehrsleistungen eigenwirtschaftlich zu erbringen. Das novellierte PBefG fasst den Begriff der Eigenwirtschaftlichkeit jedoch deutlich enger als die bis zum 31.12.2012 geltende Rechtslage.

Zur Eigenwirtschaftlichkeit tragen auch Ausgleichsleistungen der Aufgabenträger (zuständige Behörden gemäß der EG-Verordnung) aufgrund von sog. allgemeinen Vorschriften bei, die gemeinwirtschaftlich festgesetzte Höchsttarife finanzieren. Die öffentliche Hand kann somit mit ihren Mitteln ein Marktmodell fördern, in dem sich die Verkehrsunternehmen (mit zunehmender Tendenz) einem eigenwirtschaftlichen Genehmigungswettbewerb stellen müssen. Die Genehmigungsbehörde erteilt nach Abschluss des Verfahrens dem Verkehrsunternehmen mit dem besten Verkehrsangebot die Genehmigung, wobei insbesondere die Festlegungen eines Nahverkehrsplans des Aufgabenträgers zu berücksichtigen sind.

Der zuständige Aufgabenträger kann alternativ zur Sicherung einer ausreichenden Verkehrsbedienung öffentliche Personenverkehrsdienste über öffentliche Dienstleistungsaufträge nach Art. 5 VO (EG) Nr. 1370/2007 mit finanziellen Ausgleichsleistungen und/oder der Vergabe eines ausschließlichen Rechts bestellen (im Wettbewerb oder durch Direktvergaben). In diesem Fall ist es ihm über die Festsetzung eines gemeinwirtschaftlichen Höchsttarifes hinaus möglich, seine Vorstellungen über Tarif, Fahrplan, Vertrieb, Fahrgastinformation, Fahrzeuge, Beförderungsbedingungen und Qualitätsstandards etc. umzusetzen. Geht der Aufgabenträger zur Gestaltung des ÖPNV auf seinem Gebiet mit dem Instrument eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages vor, führt dies auch angesichts steigender Kosten und demografischer Entwicklungen faktisch zum Vorrang der Gemeinwirtschaftlichkeit. Damit hat der Bundesgesetzgeber rechtlich einen Paradigmenwechsel weg vom klassischen eigenwirtschaftlichen Verkehrsgewerbe-

recht vollzogen, indem er den wirtschaftlichen Realitäten Rechnung trägt. Dieses schlägt sich adäquat auch in der Novellierung der Zuständigkeiten von Aufgabenträger und Genehmigungsbehörde und in der Regelung des Miteinanders dieser beiden Behörden nieder.

Das neue PBefG ist aufgrund des eigen- und gemeinwirtschaftlichen Markt-zuganges naturgemäß rechtlich sehr anspruchsvoll geraten und hat an manchen Stellen aufgrund nicht eindeutiger Regelungen durchaus Schwächen, die noch gerichtlich geklärt werden müssen. Es fragt sich auch, welchen ordnungspolitischen Sinn die Abwehrrechte des eigenwirtschaftlichen Genehmigungsinhabers noch haben, wenn man die erfreulichen Entwicklungen der Fernbusliberalisierung beobachtet, die sofort nach der Novellierung des PBefG eingesetzt haben. Inwieweit diese Abwehrrechte einschließlich des sog. Altunternehmerprivilegs im Lichte des Europarechts längerfristig Bestand haben, wird ebenfalls noch durch die Gerichte geklärt werden müssen.

Insgesamt jedoch ist die Novelle des PBefG positiv zu werten. Auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens kann ein wirtschaftlich effektiver und transparenter sowie qualitativ hochwertiger Nahverkehr für die Fahrgäste durch die Aufgabenträger geplant, bestellt und finanziert werden. Das PBefG zusammen mit der VO (EG) Nr. 1370/2007 bietet eine große Fülle von konstruktiven wettbewerblichen und wettbewerbsfreien Gestaltungsmöglichkeiten für gemeinwirtschaftliche Verkehre. Notwendig hierfür ist aber, dass sich viele Aufgabenträger ihrer Gestaltungsverantwortung für den ÖPNV einschließlich einer gesunden Marktstruktur mehr bewusst werden und Verkehrsunternehmen nicht weiterhin vor der Gemeinwirtschaftlichkeit geradezu fliehen, die für sie in vielen Fällen die einzige unternehmerische Zukunftschance im gewerblichen Nahverkehr bedeutet. Gelingt dies, können die Zukunftsaufgaben im ÖPNV wie z.B. die Gestaltung des Nahverkehrs im ländlichen Raum im Lichte der demografischen Entwicklung gemeistert werden. In diesem Zusammenhang wäre es auch zu begrüßen, wenn die EU-Kommission für einen längeren Zeitraum gesetzgeberische Ruhe einkehren lassen könnte, damit die handelnden Akteure anstelle neuer Rechtsunsicherheit den neuen Rechtsrahmen praktisch einüben können.

Das vorliegende Werk in zwei Bänden, das die Nachfolge des Handbuchs „Recht des öffentlichen Personennahverkehrs“ im Luchterhand-Verlag (Hrsg. Barth/Baumeister/Berschin/Werner) antritt, möchte hierzu eine Hilfestellung leisten. Aus Gründen der Nutzerfreundlichkeit wurden die Bände als gebundene Bücher erstellt. In Band 1 werden die wichtigsten nationalen und europäischen Vorschriften zusammengefasst. In Band 2 erfolgt in den A-Teilen eine aktuelle Kommentierung der VO (EG) Nr. 1370/2007, der Regionalisierungsgesetze des

Bundes und der Länder und des Personenbeförderungsrechts. Die Autoren Berschin, Barth und Werner beziehen sich in ihren Kommentierungen jeweils aufeinander, so dass ein bundesweit bislang einmaliges Grundlagenwerk zum deutschen ÖPNV entstanden ist. Ergänzt wird die Kommentierung durch Darstellungen von wichtigen Einzelthemen aus der ÖPNV-Praxis in den B-Teilen. Die Bezieher des Werkes erhalten zusätzlich einen offenen Zugang zu einem kommentierten Fundus von gerichtlichen ÖPNV-Leitentscheidungen im Volltext. Die Bände und die Entscheidungen werden kontinuierlich im Rahmen von Neuauflagen aktualisiert und erweitert.

Bremen, November 2013

Hubertus Baumeister

Inhalt Band 1

Vorwort.....5

Teil I Europarecht

1. EU-Primärrecht

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
(Auszüge aus der konsolidierten Fassung)

Titel II Allgemein geltende Bestimmungen: Art. 14.....31
 Titel VI Der Verkehr: Art. 90 – 10031
 Titel VII Gemeinsame Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und
 Angleichung der Rechtsvorschriften:
 Kapitel 1 Wettbewerbsregeln/Abschnitt 1:
 Vorschriften für Unternehmen: Art. 101–109.....35

2. EU-Sekundärrecht

Verordnung (EU) Nr. 181/2011.....41
Verordnung (EG) Nr. 1071/200969
Verordnung (EG) Nr. 1073/2009110
Verordnung (EG) Nr. 169/2009147
Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 – ohne Anhang155
Verordnung (EG) Nr. 1370/2007180
Richtlinie 2001/85/EG – Auszug: Anhang VII.....207

Teil II Bundesrecht

1. Gesetze

| | |
|--|-----|
| AEG Allgemeines Eisenbahngesetz | 225 |
| EUFahrgrBusG EU-Fahrgastrechte-Kraftomnibus-Gesetz | 297 |
| PBefG Personenbeförderungsgesetz..... | 303 |
| RegG Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs..... | 364 |
| SGB IX Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Auszug: Kapitel 13 Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr | 367 |

2. Verordnungen

| | |
|---|-----|
| BOKraft Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr..... | 376 |
| FrStllgV Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes | 404 |
| PBefAusglV Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr | 407 |
| PBZugV Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr ... | 416 |

Teil III Landesrecht

1. Baden-Württemberg

| | |
|---|-----|
| ÖPNVG Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs | 435 |
| GVRS Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart | 443 |

2. Bayern

| | |
|--|-----|
| BayÖPNVG Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern | 461 |
|--|-----|

| | |
|--|-----|
| 3. Berlin | |
| ÖPNVG Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin..... | 476 |
| 4. Brandenburg | |
| ÖPNVG Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg | 482 |
| ÖPNVfV Verordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Land Brandenburg | 492 |
| 5. Bremen | |
| BremÖPNVG Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen..... | 502 |
| 6. Hamburg | 509 |
| 7. Hessen | |
| ÖPNVG Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen .. | 510 |
| 8. Mecklenburg-Vorpommern | |
| ÖPNVG M-V Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern | 524 |
| AusglVO M-V Verordnung über Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr | 532 |
| 9. Niedersachsen | |
| NNVG Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz | 541 |
| 10. Nordrhein-Westfalen | |
| ÖPNVG NRW Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | 549 |
| 11. Rheinland-Pfalz | |
| Nahverkehrsgesetz – NVG Landesgesetz über den öffentlichen Personennahverkehr | 568 |

12. Saarland

ÖPNVG Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr
im Saarland.....578

13. Sachsen

ÖPNVG Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
im Freistaat Sachsen.....588

ÖPNV Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr über die Aufstellung von Nahverkehrsplänen
für den öffentlichen Personennahverkehr593

ÖPNVFinVO Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Finanzierung des öffentlichen
Personennahverkehrs.....597

14. Sachsen-Anhalt

ÖPNVG LSA Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
im Land Sachsen-Anhalt.....603

15. Schleswig-Holstein

ÖPNVG Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
in Schleswig-Holstein614

ÖPNV-Finanzierungsverordnung
Landesverordnung über die Finanzierung des öffentlichen
Personennahverkehrs mit Bussen und U-Bahnen623

16. Thüringen

ThürÖPNVG Thüringer Gesetz über den öffentlichen
Personennahverkehr638

Teil IV Genehmigungsbehörden nach dem PBefG.....647

Inhalt Band 2

Teil A Grundlagen

A 1 Der europäische Gemeinsame Markt im gewerblichen Personenverkehr

Felix Berschin

| | |
|--|-----------|
| 1. Marktzugang und Finanzierung nach der VO (EG) Nr. 1370/2007..... | 25 |
| 1.1 Entwicklung VO 1370/2007 | 25 |
| 1.1.1 Entstehungsgeschichte..... | 25 |
| 1.1.2 Weitere Entwicklung | 29 |
| 1.2 Regelungsziele der Verordnung..... | 31 |
| 1.3 Anwendungsbereich | 37 |
| 1.3.1 Verkehrsträger..... | 38 |
| 1.3.2 Öffentlicher Verkehr | 39 |
| 1.3.3 Markteingriff für höherwertige Dienste..... | 41 |
| 1.3.4 Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung | 43 |
| 1.3.5 Beschränkung der Instrumente | 46 |
| 1.3.6 Legislative und exekutive Handlungen | 54 |
| 1.3.7 Keine Regelung zu Regieeinheiten..... | 54 |
| 1.3.8 Herausnahme allgemeiner Vorschriften nach Art. 3 Abs. 3..... | 58 |
| 1.3.9 Nichtgeltung für Baukonzessionen..... | 61 |

| | | |
|------------|--|------------|
| 1.4 | Unmittelbare Geltung..... | 63 |
| 1.4.1 | Umsetzung durch nationales Recht | 63 |
| 1.4.2 | Umgehung der VO..... | 66 |
| 1.4.3 | (Dis)Kontinuität zu den Vorgänger-VO..... | 70 |
| 1.5 | Allgemeine Vorschriften..... | 71 |
| 1.5.1 | Abgeltungsfähige und nicht abgeltungsfähige allgemeine Vorschriften..... | 71 |
| 1.5.2 | Charakteristika allgemeiner Vorschriften | 73 |
| 1.5.3 | Kompensation der Tarifeffekte | 76 |
| 1.5.4 | Beschränkung auf offene Märkte..... | 78 |
| 1.5.5 | Bedeutung des Anhangs..... | 79 |
| 1.6 | Öffentliche Dienstleistungsaufträge..... | 80 |
| 1.6.1 | Gegenseitigkeit von gemeinwirtschaftlicher Leistung und Kompensation..... | 82 |
| 1.6.2 | Rechtsform..... | 84 |
| 1.6.3 | Zuständigkeit | 90 |
| 1.6.4 | Mindestinhalt | 90 |
| 1.6.5 | Kompensationsformen..... | 93 |
| 1.6.6 | Berechenbare Kompensation..... | 94 |
| 1.6.7 | Zulässige Höhe in Wettbewerbsverfahren | 95 |
| 1.6.8 | Zulässige Höhe des Ausgleichs bei Direktvergaben | 96 |
| 1.6.9 | Laufzeiten | 106 |
| 1.7 | Wettbewerbsvergaben..... | 108 |
| 1.7.1 | Vergaben nach Vergaberecht..... | 108 |
| 1.7.2 | Vergaben nach Art. 5 Abs. 3 | 112 |

| | | |
|-------------|---|------------|
| 1.8 | Direktvergaben | 119 |
| 1.8.1 | Die Niederlassungsfreiheit | 119 |
| 1.8.2 | Diskriminierungs- oder Beschränkungsverbot? | 120 |
| 1.8.3 | Vereinbarkeit mit Primärrecht | 123 |
| 1.8.4 | Eigenerbringung | 134 |
| 1.8.5 | Interne Betreiber Art. 5 Abs. 2..... | 134 |
| 1.8.6 | Kleinaufträge | 143 |
| 1.8.7 | Eisenbahn..... | 144 |
| 1.8.8 | Notvergaben..... | 145 |
| 1.9 | Transparenzvorschriften und Rechtsschutz | 146 |
| 1.9.1 | Berichte..... | 147 |
| 1.9.2 | Ankündigung der Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen | 148 |
| 1.9.3 | Begründung für Direktvergaben | 150 |
| 1.9.4 | Rechtsschutz | 150 |
| 1.10 | Übergangsvorschriften..... | 151 |
| 2. | Weitere EG-Bestimmungen zum Marktzugang im Straßenpersonen- und Eisenbahnverkehr | 156 |
| 2.1 | Europäischer Marktzugang im Straßenpersonenverkehr | 156 |
| 2.1.1 | Liberalisierungsansätze | 156 |
| 2.1.2 | Harmonisierungsansätze..... | 157 |
| 2.1.3 | Grenzüberschreitender Verkehr: VO (EG) Nr. 1073/2009 | 159 |
| 2.2 | Europäischer Markt- und Trassenzugang im Eisenbahnpersonenverkehr | 165 |
| 2.2.1 | Liberalisierungsansätze | 165 |

| | | |
|------------|--|------------|
| 2.2.2 | Harmonisierungsansätze | 167 |
| 2.2.3 | Grenzüberschreitender Verkehr | 169 |
| 2.2.4 | Kabotage | 170 |
| 2.2.5 | Schutz von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen | 170 |
| 2.2.6 | Trassenzugang über essential facility | 173 |
| 2.2.7 | Umsetzung im nationalen Recht | 174 |
| 3. | Beihilferecht | 175 |
| 3.1 | Allgemeine Regelungen | 175 |
| 3.1.1 | Verbotene Finanzierungen | 175 |
| 3.1.2 | Abgeltungsbeihilfen..... | 178 |
| 3.1.3 | Wettbewerbsverfälschung..... | 191 |
| 3.1.4 | Handelsbeeinträchtigung | 194 |
| 3.1.5 | Der Gemeinsame Markt im öffentlichen Verkehr | 196 |
| 3.2 | Das sektorale Beihilferecht | 198 |
| 3.2.1 | Beihilfen nach Art. 93 AEUV | 199 |
| 3.2.2 | Abgeltungsbeihilfen..... | 200 |
| 3.2.3 | Koordinierungsbeihilfen | 201 |
| 3.2.4 | Ausfüllung durch die Sekundärrecht | 203 |
| 3.2.5 | Infrastrukturbeihilfen | 204 |
| 3.2.6 | Gruppenfreistellung | 210 |
| 3.3 | Beihilfenaufsicht | 211 |
| 4. | Literaturverzeichnis | 216 |

A 2 Regionalisierungsgesetz des Bundes und ÖPNV-Gesetze der Länder

Sibylle Barth

| | |
|--|------------|
| 1. Einführung | 235 |
| 2. Regionalisierungsgesetz des Bundes | 244 |
| 2.1 Begriff des öffentlichen Personennahverkehrs (§ 2 RegG) | 245 |
| 2.1.1 Einheitliche Elemente der Legaldefinitionen im Bundesrecht | 246 |
| 2.1.2 Differenzierung nach Verkehrsmitteln..... | 259 |
| 2.2 Sicherstellungsauftrag im ÖPNV (§ 1 Abs. 1 RegG)..... | 264 |
| 2.2.1 ÖPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge..... | 264 |
| 2.2.2 Begriff der ausreichenden Verkehrsbedienung | 267 |
| 2.2.3 Begriff der Sicherstellung..... | 289 |
| 2.3 Aufgabenträger und zuständige Behörden (§ 1 Abs. 2 RegG)..... | 290 |
| 2.3.1 Aufgabenträger und zuständige Behörden im Bundesrecht | 291 |
| 2.3.2 Vorgaben des Verfassungsrechts für die Bestimmung der Aufgabenträger | 293 |
| 2.3.3 Folgen für die Zuweisung von Planungs- und Finanzierungs- befugnissen | 297 |
| 2.4 Maßnahmen der Sicherstellung (§§ 3, 4 RegG)..... | 301 |
| 2.4.1 Planung in Form des Nahverkehrsplans | 301 |
| 2.4.2 Finanzierung und Bestellerprinzip (§ 4 RegG) | 309 |
| 2.4.3 Organisation des ÖPNV | 320 |

| | | |
|------------|---|------------|
| 2.5 | Transfermittel des Bundes (§§ 5 und 6 RegG)..... | 326 |
| 2.5.1 | Entwicklung der Transfermittel | 326 |
| 2.5.2 | Verwendungsbindung und Verwendungsbericht..... | 330 |
| 3. | Die ÖPNV-Gesetze der Länder..... | 333 |
| 3.1 | ÖPNV-Begriffe der Landesnahverkehrsgesetze | 334 |
| 3.2 | Sicherstellungsauftrag in den Landesnahverkehrsgesetzen | 338 |
| 3.2.1 | Aufgabennormierung | 338 |
| 3.2.2 | Aufgabencharakter und Verpflichtungsgehalt..... | 338 |
| 3.2.3 | Wahrnehmung der Aufgabenverantwortung | 346 |
| 3.2.4 | Gesetzliche Zielsetzungen und Leitlinien | 355 |
| 3.2.5 | Bestimmung der ausreichenden Bedienung | 366 |
| 3.3 | Aufgabenträger | 368 |
| 3.3.1 | Aufgabenträger des SPNV..... | 368 |
| 3.3.2 | Aufgabenträger des ÖSPV und übrigen ÖPNV | 379 |
| 3.3.3 | Organisation und Kooperation der Aufgabenträger | 393 |
| 3.4 | Planung des ÖPNV in den Landesnahverkehrsgesetzen | 400 |
| 3.4.1 | Nahverkehrsplan i. S. d. § 8 Abs. 3 PBefG | 400 |
| 3.4.2 | Weitere ÖPNV-Fachplanungen..... | 407 |
| 3.4.3 | Andere ÖPNV-relevante Planungen | 409 |
| 3.5 | Finanzierungsregelungen in den Landesnahverkehrsgesetzen | 411 |
| 3.5.1 | ÖPNV-Finanzierung durch die zuständigen Behörden..... | 412 |
| 3.5.2 | Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr | 418 |
| 4. | Literaturverzeichnis | 432 |

A 3 Verkehrsgewerberecht

Jan Werner

| | | |
|------------|--|------------|
| 1. | Das Gewerbe der Personenbeförderung..... | 459 |
| 1.1 | Überblick über den Marktrahmen für die Beförderung mit dem ÖPNV | 459 |
| 1.1.1 | Begriff des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im PBefG .. | 459 |
| 1.1.2 | Verfassungsrechtliche Vorgaben | 461 |
| 1.1.3 | Historische Entwicklung der Grundkonzeption des PBefG | 465 |
| 1.1.4 | Änderungen des Personenbeförderungsrechts zum 01.01.2013 | 469 |
| 1.2 | Behördliche Aufgaben und Zuständigkeiten im ÖPNV..... | 472 |
| 1.2.1 | Historischer Überblick zur Entwicklung der Behördenzuständigkeiten.. | 472 |
| 1.2.2 | Aufgabenträger und zuständige Behörde nach VO (EG) Nr. 1370/2007 | 473 |
| 1.2.3 | Genehmigungsbehörde | 478 |
| 1.2.4 | Mitwirkung der Genehmigungsbehörde an der ausreichenden Verkehrsbedienung..... | 483 |
| 1.3 | Genehmigungspflichten nach dem PBefG..... | 485 |
| 1.3.1 | Tatbestände der genehmigungspflichtigen Personenbeförderung | 486 |
| 1.3.2 | Genehmigungsrechtlicher Umgang mit „atypischen Bedienformen“ | 489 |
| 1.3.3 | Erweiterung oder Änderung des genehmigten Unternehmens | 495 |
| 1.3.4 | Übertragung der Genehmigung (Verkauf/Betriebsübergang)..... | 496 |
| 1.3.5 | Übertragung der Betriebsführung (Verpachtung)..... | 497 |
| 1.4 | Zulassung zum Beruf des Beförderungsunternehmers | 499 |
| 1.4.1 | Regelungskonzeption und Berufsbild nach PBefG und EU-Vorgaben.. | 499 |
| 1.4.2 | Inhaltliche Anforderungen an die Zulassung zum Beruf..... | 503 |
| 1.4.3 | Vorgaben des PBefG zum Zulassungsverfahren | 509 |

| | | |
|------------|---|------------|
| 1.5 | Zugang zum Markt für Personenverkehrsdienste..... | 513 |
| 1.5.1 | Marktzugang für Beförderungsdienste im Fernbusverkehr..... | 515 |
| 1.5.2 | Marktzugang für eigenwirtschaftliche Verkehre im ÖPNV | 516 |
| 1.5.3 | Marktzugang für Auftragsverkehre im ÖPNV | 520 |
| 1.5.4 | Europarechtliche Konsequenzen für den Marktzugang nach PBefG .. | 523 |
| 1.6 | Verwaltungsverfahren nach dem PBefG | 528 |
| 1.6.1 | Zusammenspiel von PBefG, Gewerbeordnung und VwVfG | 528 |
| 1.6.2 | Beteiligtenstellung und Anhörung | 532 |
| 1.6.3 | Untersuchungsgrundsatz..... | 533 |
| 1.6.4 | Informationsrechte der Beteiligten | 534 |
| 1.7 | Rechte und Pflichten des Unternehmers nach dem PBefG..... | 536 |
| 1.7.1 | Mit der Genehmigung verbundene Rechte | 536 |
| 1.7.2 | Mit der Genehmigung verbundene Pflichten..... | 537 |
| 1.7.3 | Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen des Unternehmers | 542 |
| 1.7.4 | Akzessorietät von Genehmigung zu öffentlichem Dienstleistungsauftrag | 545 |
| 1.8 | Transparenz über den Markt und das Angebot im ÖPNV..... | 547 |
| 1.8.1 | Transparenz über Fahrpläne, Tarife und Beförderungsbedingungen... | 547 |
| 1.8.2 | Vorabkennntmachung beabsichtigter öffentlicher Dienstleistungsaufträge | 549 |
| 1.8.3 | Information über die Gründe für eine beabsichtigte Direktvergabe.... | 551 |
| 1.8.4 | Jährliche Gesamtberichte der Aufgabenträger..... | 553 |
| 1.8.5 | Jährliche Bekanntmachung aller Genehmigungen im EU-Amtsblatt..... | 555 |
| 1.9 | Genehmigung des Verkehrs mit Fernbussen..... | 558 |
| 1.9.1 | Definition und Systematik der Regelungen zum Fernbusverkehrs | 558 |

| | | |
|------------|--|------------|
| 1.9.2 | Ausgestaltung der Fernbus-Liniengenehmigung durch den Unternehmer | 559 |
| 1.9.3 | Bedienungsverbote im Fernbusverkehr | 560 |
| 1.9.4 | Mit der Genehmigung verbundene Pflichten | 563 |
| 1.9.5 | Haltestellengestaltung im Fernbusverkehr | 564 |
| 2. | Standards der Beförderungsangebote | 566 |
| 2.1 | Ausrichtung von Angebots-, Qualitäts- und Umweltstandards..... | 566 |
| 2.1.1 | Zielstellungen für Standards und Qualitäten | 566 |
| 2.1.2 | Räumliche und zeitliche Verfügbarkeit öffentlicher Mobilitätsangebote..... | 569 |
| 2.1.3 | Qualität öffentlicher Mobilitätsangebote | 572 |
| 2.1.4 | Beförderungsentgelte und -bedingungen, e-ticketing..... | 578 |
| 2.1.5 | Barrierefreiheit öffentlicher Mobilitätsangebote | 582 |
| 2.1.6 | Umweltstandards öffentlicher Mobilitätsangebote..... | 588 |
| 2.1.7 | Standards zur Integration der Angebote des ÖPNV | 593 |
| 2.2 | Etablierung bestimmter Standards..... | 595 |
| 2.2.1 | Vorgabe von Standards durch allgemeine Vorschrift | 595 |
| 2.2.2 | Verbindliche Zusicherung von Standards im eigenwirtschaftlichen Verkehr..... | 607 |
| 2.2.3 | Verpflichtung auf Standards durch öffentlichen Dienstleistungsauftrag | 609 |
| 2.3 | Durchsetzung der etablierten Standards..... | 611 |
| 2.3.1 | Rechte der Fahrgäste aus Gesetz und Beförderungsbedingungen..... | 611 |
| 2.3.2 | Gewerbeaufsicht – Kontrolle durch die Genehmigungsbehörde | 612 |
| 2.3.3 | Kontrolle auf Basis öffentlicher Dienstleistungsaufträge..... | 613 |
| 2.3.4 | Sicherung der Integration der Verkehrsangebote | 614 |

| | | |
|------------|--|------------|
| 3. | Nahverkehrsplanung durch die Aufgabenträger des ÖPNV | 616 |
| 3.1 | Zielstellung, Funktion und rechtliche Einordnung der Nahverkehrspläne | 616 |
| 3.2 | Inhalte von Nahverkehrsplänen | 619 |
| 3.2.1 | Definition der ausreichenden Verkehrsbedienung | 619 |
| 3.2.2 | Herstellung vollständiger Barrierefreiheit | 621 |
| 3.2.3 | Anforderungen an die verkehrsmittelübergreifende Integration | 626 |
| 3.2.4 | Anforderungen beabsichtigter Auftragsverkehre | 629 |
| 3.2.5 | Vorgaben für den Genehmigungswettbewerb..... | 630 |
| 3.2.6 | Marktzuschnitt zwischen Einzelfahrt und Gesamtleistungsvergabe .. | 632 |
| 3.2.7 | Inhalte außerhalb des PBefG – Infrastruktur, Beschleunigung, Finanzierung | 635 |
| 3.3 | Aufstellung von Nahverkehrsplänen | 639 |
| 3.3.1 | Planungsausrichtung, Planungsverantwortung und Planungsablauf .. | 639 |
| 3.3.2 | Anforderungen an das Beteiligungsverfahren | 646 |
| 3.3.3 | Fehlerhafter Nahverkehrsplan und Justiziabilität..... | 647 |
| 4. | Etablierung unternehmensinitiiertter Verkehre | 649 |
| 4.1 | Verfahren der Genehmigungserteilung | 650 |
| 4.1.1 | Inhalte des Genehmigungsantrages bei Unternehmensinitiative..... | 652 |
| 4.1.2 | Antragszeitpunkt und Präklusionswirkung..... | 653 |
| 4.1.3 | Verfahrensbeteiligte des Genehmigungsverfahrens..... | 654 |
| 4.1.4 | Anhörungsverfahren | 655 |
| 4.1.5 | Behandlung konkurrierender Genehmigungsanträge | 658 |
| 4.1.6 | Weitere Schritte im Genehmigungsverfahren..... | 659 |

| | | |
|------------|---|------------|
| 4.2 | Genehmigungsfähigkeit eines Antrags | 662 |
| 4.2.1 | Anforderungen an die Eigenwirtschaftlichkeit einhalten | 662 |
| 4.2.2 | Berufszulassungsanforderungen erfüllen | 664 |
| 4.2.3 | Sicher befahrbare Straßen auswählen | 664 |
| 4.2.4 | Ausschließliche Rechte nicht verletzen..... | 664 |
| 4.2.5 | Die öffentlichen Verkehrsinteressen nicht beeinträchtigen | 668 |
| 4.2.6 | Möglichst im Einklang mit dem Nahverkehrsplan stehen..... | 678 |
| 4.2.7 | Bessere Verkehrsbedienung als die Konkurrenz anbieten | 680 |
| 4.3 | Genehmigungsentscheidung und Auflagen | 683 |
| 4.3.1 | Inhalt der Genehmigungsentscheidung | 683 |
| 4.3.2 | Festlegung der Genehmigungsdauer | 684 |
| 4.3.3 | Auflagen und deren Durchsetzung | 687 |
| 4.3.4 | Entscheidungsfrist und Bekanntgabe durch Zustellung | 688 |
| 4.3.5 | Genehmigungsurkunde..... | 690 |
| 4.3.6 | Genehmigungsfiktion..... | 691 |
| 5. | Etablierung aufgabenträgerinitiiertter Verkehre | 694 |
| 5.1 | Zusammenspiel von PBefG und VO (EG) Nr. 1370/2007 | 695 |
| 5.2 | Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt | 697 |
| 5.2.1 | Anforderungen an den beabsichtigten Auftrag..... | 697 |
| 5.2.2 | Angaben zur Absicht einer Gesamtleistungsvergabe | 699 |
| 5.2.3 | Zeitpunkt der Vorabbekanntmachung..... | 699 |

| | | |
|------------|---|------------|
| 5.3 | Genehmigungsfähigkeit konkurrierender eigenwirtschaftlicher Verkehre | 703 |
| 5.3.1 | Zeitfenster für die Antragstellung wird eingehalten | 703 |
| 5.3.2 | Angaben der Vorabbekanntmachung werden erfüllt | 704 |
| 5.3.3 | Genehmigungsfähigkeit im Übrigen gegeben | 708 |
| 5.4 | Vergabe eines Auftragsverkehrs..... | 709 |
| 5.4.1 | Inhalte und Charakteristika eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags..... | 709 |
| 5.4.2 | Befugnis zur Auftragsvergabe | 710 |
| 5.4.3 | Einschlägiges Vergaberechtsregime | 712 |
| 5.4.4 | Beauftragung durch wettbewerbliche Vergabe..... | 716 |
| 5.4.5 | Beauftragung durch Direktvergabe an ein „eigenes Unternehmen“ | 718 |
| 5.4.6 | Beauftragung durch Direktvergabe unter Schwellenwert..... | 721 |
| 5.4.7 | Transparenz und Rechtsschutz bei Auftragsvergabe | 722 |
| 5.5 | Genehmigung der Verkehre des beauftragten Unternehmens | 723 |
| 5.5.1 | Genehmigungsverfahren bei Auftragsverkehren | 723 |
| 5.5.2 | Genehmigungsfähigkeit von Auftragsverkehren | 725 |
| 5.5.3 | Genehmigungsentscheidung bei Auftragsverkehren | 726 |
| 6. | Etablierung einstweiliger Verkehre..... | 727 |
| 6.1 | Funktionen und Regelungen der einstweiligen Erlaubnis | 727 |
| 6.2 | Rechtsnatur der einstweiligen Erlaubnis..... | 729 |
| 6.3 | Verfahren zur Erteilung der einstweiligen Erlaubnis | 730 |
| 6.4 | Materielle Voraussetzungen zur Erteilung der einstweiligen Erlaubnis..... | 731 |

| | | |
|-----------|--|------------|
| 7. | Hoheitliche Überwachung bestandskräftiger Verkehre..... | 733 |
| 7.1 | Übersicht über die Arten der Befugnisse..... | 733 |
| 7.2 | Generelle aufsichtliche Prüf- und Überwachungsbefugnisse | 734 |
| 7.3 | Sicherheitsrecht und Ordnungswidrigkeiten | 735 |
| 7.4 | Rücknahme rechtswidrig erteilter Genehmigungen | 736 |
| 7.5 | Widerruf „rechtswidrig gewordener“ Genehmigungen | 738 |
| 7.6 | Vollständige Entbindung von der Betriebspflicht | 740 |
| 8. | Übergangsregelungen | 741 |
| 9. | Literaturverzeichnis | 747 |

Teil B Einzelaspekte

B 1 Ertrags- und Fahrgastorientierung der Akteure im ÖPNV: Die Rolle des Marketings im öffentlichen Verkehr

Gerhard Probst und Jakob Kunze

| | | |
|------------|--|------------|
| 1. | Einleitung | 759 |
| 2. | Rahmenbedingungen und Marktentwicklung: Die Grundlagen der Erlös- und Kundenorientierung im ÖPNV..... | 761 |
| 3. | Marketing-Organisation und Akteure im Wandel: Spezialisierung und Professionalisierung | 768 |
| 3.1 | Aufgabenträger und Verkehrsverbände | 768 |
| 3.2 | Verkehrsunternehmen..... | 770 |

| | | |
|-----------|--|------------|
| 4. | Die Angebotskonfiguration von ÖPNV-Dienstleistungen: Leistungsqualität und Tarifgestaltung im Wettbewerb..... | 774 |
| 4.1 | Die Dienstleistung ÖPNV: Qualität und Servicedesign..... | 776 |
| 4.2 | Ertragsmanagement: Tarifgestaltung, Kundenbindung und Kapazitätssteuerung | 781 |
| 5. | Die Vermarktung von Bussen und Bahnen: neue Ansätze in Vertrieb und Kommunikation | 791 |
| 5.1 | Vertrieb im ÖPNV: Vom Kostenfaktor zur aktiven Marktbearbeitung | 791 |
| 5.2 | Kommunikationspolitik: Der Weg zur besseren Wahrnehmung des ÖPNV | 794 |
| 5.2.1 | Markenstrategien | 794 |
| 5.2.2 | Benutzeroberfläche | 795 |
| 5.2.3 | Werbung und Kommunikationspolitik | 797 |
| 6. | Fazit: Die Herausforderungen des ÖPNV-Marketings | 798 |
| 7. | Literaturverzeichnis | 800 |

B 2 Funktionale Ausschreibungen im ÖPNV

Gerrit Landsberg und Volker Eichmann

| | | |
|-----------|--|------------|
| 1. | Einleitung | 805 |
| 2. | Rechtliche Anforderungen | 807 |
| 2.1 | Vergaberechtliche Grundlagen (VOL/A) | 807 |
| 2.1.1 | Konventionelle Leistungsbeschreibung..... | 808 |
| 2.1.2 | Funktionale Leistungsbeschreibung | 809 |
| 2.1.3 | Kombinationsmodell | 809 |

| | | |
|------------|--|------------|
| 2.2 | Einzelaspekte bei der Durchführung einer funktionalen Vergabe .. | 810 |
| 2.2.1 | Eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung | 810 |
| 2.2.2 | Verbot von ungewöhnlichen Wagnissen | 812 |
| 2.2.3 | Einhaltung der Vorgaben der Leistungsbeschreibung in den Angeboten | 813 |
| 2.3 | Vergabe von Dienstleistungskonzessionen | 816 |
| 3. | Planerische Anforderungen | 818 |
| 3.1 | Bisherige Erfahrungen mit funktionellen Leistungsbeschreibungen | 818 |
| 3.2 | Planerische Merkmale der funktionalen Ausschreibung | 821 |
| 3.2.1 | Angebots- und Zugangsstandards | 822 |
| 3.2.2 | Qualitätsstandards | 825 |
| 3.2.3 | Integration in den übrigen ÖPNV | 826 |
| 3.3 | Ökonomische Anforderungen | 827 |
| 3.4 | Vor- und Nachteile aus planerischer Sicht | 829 |
| 4. | Literaturverzeichnis | 831 |

Teil C Verzeichnisse

| | |
|------------------------------------|------------|
| Abkürzungsverzeichnis | 833 |
|------------------------------------|------------|

| | |
|-----------------------------------|------------|
| Stichwortverzeichnis | 837 |
|-----------------------------------|------------|

ISBN 978-3-7771-0455-3



9 783777 104553